



## Kantonsratsbeschluss über die Voraussetzungen eines Steuerrabatts

Bericht und Antrag der Staatswirtschaftskommission  
vom 22. April 2026

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Staatswirtschaftskommission (Stawiko) hat die Vorlage Nr. 4034.2 - 18431 am 22. April 2026 beraten. Drei Stawiko-Mitglieder waren auch Mitglieder der vorberatenden Kommission. Finanzdirektor Heinz Tännler vertrat die Meinung des Regierungsrats. Das Protokoll führte Peter Berchtold, Stawiko-Sekretär. Wir gliedern unseren Bericht wie folgt:

1. Ausgangslage
2. Beratung in der Stawiko
3. Eintretensdebatte
4. Detailberatung
5. Schlussabstimmung
6. Anträge

### 1. Ausgangslage

Die FDP-Fraktion hat mit ihrer Motion die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage verlangt, die es dem Kanton Zug ermöglicht, bei guten Finanzlagen Steuerrabatte zu beschliessen. Der Kantonsrat stand dieser Idee mehrheitlich offen gegenüber, lehnte aber einen Automatismus ab, der ihn verpflichten würde, bei bestimmten finanziellen Kennzahlen automatisch einen Steuerrabatt auszusprechen. Er beschloss die Teilerheblicherklärung der Motion.

Der Kanton Zug erzielt seit mehreren Jahren hohe Ertragsüberschüsse und verfügt über ein starkes Eigenkapital. Vor diesem Hintergrund sollen die Rahmenbedingungen für die Gewährung einmaliger Steuerrabatte festgelegt werden. Diese sollen ausschliesslich unter klar definierten Voraussetzungen und jeweils für ein Jahr gewährt werden können. Der Entscheid über die Gewährung bleibt beim Kantonsrat; das fakultative Referendum stellt die Mitwirkung der Bevölkerung sicher. Im Rat war die Rede davon, dass mit einem einmaligen Steuerrabatt bei Ertragsüberschüssen und solider Finanzlage ein Teil des Überschusses an Bevölkerung und Wirtschaft «zurückgegeben» werden könne. Tatsächlich handelt es sich um eine tiefere Steuerbelastung im betreffenden Jahr.

Der Regierungsrat beantragt die Einführung eines Steuerrabatts unter klar definierten Bedingungen sowie mit einer zeitlichen Begrenzung auf jeweils ein Jahr:

- Ein Steuerrabatt wird nur gewährt, wenn das abgeschlossene Geschäftsjahr einen Ertragsüberschuss ausweist.
- Vom Ertragsüberschuss sind zuerst 50 Millionen Franken dem Bilanzüberschuss des Kantons zuzuweisen (Mindestzuweisung).
- Nur der Teil des Ertragsüberschusses, der über diese 50 Millionen Franken hinausgeht, kann berücksichtigt werden.

- Von diesen darüber hinausgehenden Mitteln dürfen maximal 50 Prozent verwendet werden.
- Diese Mittel dienen ausschliesslich der Festlegung des maximal zulässigen Steuerrabatts (Berechnungsgrundlage).
- Der Bilanzüberschuss des Kantons darf nach Verbuchung des Jahresergebnisses und rechnerischer Berücksichtigung des Steuerrabatts 100 Prozent des Jahresaufwandes des vergangenen Geschäftsjahres nicht unterschreiten (Mindestdotierung).

Die vorberatende ad-hoc-Kommission trat mit 13 : 2 Stimmen auf die Vorlage ein. Sie beantragt folgende Änderungen gegenüber der Vorlage des Regierungsrats:

- Falls der Regierungsrat keinen Antrag auf Gewährung eines Steuerrabatts stellt, hat er dies im jeweiligen Geschäftsbericht zu begründen.
- Änderungen der Voraussetzungen zur Gewährung eines Steuerrabatts:
  - Weist das abgeschlossene Geschäftsjahr einen Ertragsüberschuss aus, sind von diesem jährlich 5 Prozent (statt fix 50 Millionen Franken) dem Bilanzüberschuss des Kantons zuzuweisen.
  - Einführung eines maximal möglichen Steuerrabatts von 8 Steuerfussprozenten.

## **2. Beratung in der Stawiko**

Der Finanzdirektor vergleicht den Antrag des Regierungsrats mit dem Antrag der vorberatenden Kommission. Er führt aus, dass mit dem Antrag der vorberatenden Kommission mit einer Zuweisung von 5 Prozent in den Bilanzüberschuss gegenüber dem Antrag des Regierungsrats mit einer ersten Zuweisung von 50 Millionen Franken früher (bei tieferen Ertragsüberschüssen) ein Steuerrabatt gewährt werden könne. Aus seiner Sicht stelle sich jedoch in Bezug auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis die Frage, ob bei tieferen Ertragsüberschüssen unter 50 Millionen Franken ein Steuerrabatt gewährt werden solle. Der administrative Aufwand für die Gewährung des Steuerrabatts sei nicht zu unterschätzen.

Die vorberatende Kommission beantrage weiter, dass der maximale Steuerrabatt 8 Steuerfussprocente betragen könne. Der Finanzdirektor empfiehlt, dass sich der Kantonsrat in diesem Bereich nicht einschränken sollte. Der Kantonsrat könnte einen Antrag des Regierungsrats, den der Kantonsrat als zu hoch beurteilt, auch kürzen.

Zusammenfassend stellt der Finanzdirektor fest, dass mit Antrag der vorberatenden Kommission im Vergleich zum Antrag des Regierungsrats zwar früher ein Steuerrabatt gewährt werden könnte, dieser aber bei hohen Ertragsüberschüssen zu tieferen Steuerrabatten führen würde.

## **3. Eintretensdebatte**

Es wird der Antrag auf Nichteintreten gestellt. Die soziale Wirkung der Vorlage sei kritisch zu beurteilen. Ein Steuerrabatt bringe für einen grossen Teil der Bevölkerung kaum spürbare Vorteile. Gleichzeitig könne eine weitere steuerliche Entlastung den Druck auf die Lebenshaltungskosten erhöhen, insbesondere im Wohnbereich. Dies treffe vor allem Personen mit durchschnittlichen Einkommen, wie Familien oder ältere Menschen, und könne dazu führen, dass sie sich das Leben im Kanton zunehmend weniger leisten könnten. Es stelle sich die Frage, ob Steuersenkungen überhaupt der richtige Umgang mit hohen Ertragsüberschüssen seien; stattdessen seien gezieltere Verwendungen zugunsten der breiten Bevölkerung oder für gemeinnützige Zwecke vorzuziehen. Es wird zudem als ineffizient angesehen, die Thematik separat zu behandeln, da sie ohnehin im Rahmen der kommenden Steuergesetzrevision aufgegriffen werden könne.

Dem wird entgegengehalten, dass die Vorlage auf einer bereits teilweise erheblich erklärten Motion basiere und dem Kantonsrat zusätzliche Kompetenzen verschaffe. Es sei sinnvoll, dass der Kantonsrat über konkrete Anträge abstimmen könne, anstatt diese selbst ausarbeiten zu müssen. Der gewählte Weg ermögliche zudem eine raschere Einführung der Massnahme als eine Revision des Steuergesetzes. Die Vorlage sei administrativ praktikabel und gut ausgearbeitet. Sie überzeuge sachlich und komme insbesondere auch dem Mittelstand zugute.

- Die Stawiko ist mit 6 : 1 Stimmen auf die Vorlage eingetreten.

#### **4. Detailberatung**

##### § 1 Abs. 1

Die vorberatende Kommission beantragt, dass der Regierungsrat zwingend begründen muss, wenn er keinen Antrag auf Gewährung eines Steuerrabatts stellt. Damit sei eine Grundlage für die parlamentarische Diskussion vorhanden.

Dem wird entgegengehalten, dass einerseits auch im Kantonsrat ein Antrag gestellt werden könne, selbst wenn der Regierungsrat keinen Antrag stelle. Andererseits müsse der Regierungsrat in anderen Bereichen auch keine Begründung abgeben, wenn er keine Anträge dazu stelle.

Für den Antrag spreche, dass diese Regelung dem Regierungsrat die Möglichkeit gebe zu begründen, weshalb kein Steuerrabatt beantragt werde. Das Vorhandensein dieser Begründung würde dann zu einer strukturierteren Diskussion im Kantonsrat führen.

- Die Stawiko stimmt mit 6 : 1 Stimmen für den Antrag der vorberatenden Kommission § 1 Abs. 1 wie folgt zu ergänzen:

«Der Kantonsrat kann bei guter Finanzlage und unter den in diesem Beschluss festgelegten Bedingungen einen Steuerrabatt auf die Steuerzahlungen der steuerpflichtigen natürlichen und juristischen Personen gewähren. Der Regierungsrat kann dem Kantonsrat zusammen mit dem Geschäftsbericht einen Antrag auf Gewährung eines Steuerrabatts für das Folgejahr unterbreiten. Stellt der Regierungsrat dem Kantonsrat keinen Antrag auf Gewährung eines Steuerrabatts, so hat er dies im jeweiligen Geschäftsbericht zu begründen.»

##### § 2

Der Präsident schlägt vor, einzeln über die verschiedenen Elemente der Voraussetzungen für die Gewährung eines Steuerrabatts abzustimmen. Die Stawiko ist stillschweigend mit diesem Vorgehen einverstanden.

1. Abstimmung: Erste Zuweisung des Ertragsüberschuss in den Bilanzüberschuss

- Antrag des Regierungsrats: 50 Millionen Franken
- Antrag vorbereitende Kommission: 5 Prozent des Ertragsüberschusses

→ Die Stawiko stimmt mit 4 : 3 Stimmen für den Antrag des Regierungsrats, eine erste Zuweisung aus dem Ertragsüberschuss von 50 Millionen Franken in den Bilanzüberschuss vorzunehmen.

Es wird der Eventualantrag gestellt, anstelle einer ersten Zuweisung aus dem Ertragsüberschuss von 50 Millionen Franken nur eine Zuweisung von 20 Millionen Franken in den Bilanzüberschuss vorzunehmen.

→ Die Stawiko stimmt mit 5 : 2 Stimmen gegen den Eventualantrag.

2. Abstimmung: Verwendung der darüber hinausgehenden Mittel (nach der ersten Zuweisung) für den Steuerrabatt

- Antrag des Regierungsrats und der vorbereitenden Kommission: 50 Prozent
- Aus der Kommission wird der Antrag gestellt, 100 Prozent der darüber hinausgehenden Mittel für den Steuerrabatt zu verwenden.

→ Die Stawiko stimmt mit 5 : 2 Stimmen für den Antrag des Regierungsrats und der vorbereitenden Kommission, 50 Prozent der darüber hinausgehenden Mittel für den Steuerrabatt zu verwenden.

3. Abstimmung: Festlegung maximaler Steuerrabatt

- Antrag des Regierungsrats: Keine Festlegung eines maximalen Steuerrabatts
- Antrag vorbereitende Kommission: Maximaler Steuerrabatt von 8 Steuerfussprozenten

→ Die Stawiko stimmt mit 5 : 2 Stimmen für den Antrag des Regierungsrats, keinen maximalen Steuerrabatt festzulegen.

Die Stawiko spricht sich somit bei § 2 für den Antrag des Regierungsrats aus.

## 5. Schlussabstimmung

### 5.1. Kantonsratsbeschluss über die Voraussetzungen eines Steuerrabatts

Die Stawiko beschliesst mit 5 Ja- zu 1-Nein-Stimmen bei einer kurzfristigen Abwesenheit der Vorlage Nr. 4034.2 - 18431 zuzustimmen.

### 5.2. Motion der FDP-Fraktion betreffend gesetzliche Grundlage für einen Steuerrabatt im Kanton Zug

Die Stawiko beschliesst stillschweigend, die teilerheblich erklärte Motion der FDP-Fraktion betreffend gesetzliche Grundlage für einen Steuerrabatt im Kanton Zug (Vorlage Nr. 3785.1 - 17957) als erledigt abzuschreiben.

## 6. Anträge

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt Ihnen die Stawiko,

1. auf die Vorlage Nr. 4034.2 - 18431 einzutreten und ihr gemäss den Erläuterungen und Anträgen laut Detailberatung zuzustimmen;
2. die teilerheblich erklärte Motion der FDP-Fraktion betreffend gesetzliche Grundlage für einen Steuerrabatt im Kanton Zug (Vorlage Nr. 3785.1 - 17957) als erledigt abzuschreiben.

Edlibach, 22. April 2026

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Im Namen der Staatswirtschaftskommission

Der Präsident: Tom Magnusson

Beilage: Synopse